



Katholischer Deutscher
FRAUENBUND

KDFB-Stellungnahme

KDFB e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Kaesenstraße 18
50677 Köln

Tel. 0221/860 92-0
Fax 0221/860 92-79
www.frauenbund.de

Zur Kinder- und Jugendpornografie im Internet

Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) begrüßt, dass – nachdem im Koalitionsvertrag 2009 der Beschluss des Bundestages zur Sperrung von Internetseiten mit kinder- und jugendpornografischen Inhalten ausgesetzt worden ist – sich der Bundestag nun endlich wieder mit dem Thema befasst und eine rechtliche Grundlage für das Löschen dieser Seiten geschaffen werden soll.

Nach Angaben des Bundeskriminalamtes gelingt es inzwischen, dass innerhalb von zwei Wochen 95 Prozent und nach vier Wochen 99 Prozent der entdeckten Seiten weltweit gelöscht werden können. Das ist ein beachtlicher Erfolg. Der KDFB teilt jedoch die Sorge von Kinderschutzorganisationen, dass die Zeit von zwei bis vier Wochen zu lang ist, um Kinder und Jugendliche effektiv zu schützen. In dieser Zeit sind Bilder und Videos vielfach kopiert und unter anderen Adressen wieder zugänglich gemacht worden. Der KDFB setzt sich daher dafür ein, Seiten mit kinder- und jugendpornografischen Inhalten, die nicht sofort gelöscht werden können, bis zur Löschung zu sperren.

Das Sperren und Löschen der Seiten kann jedoch nur eine Maßnahme unter anderen sein. Im Bereich der Fahndung, der Hilfen für Kinder und Jugendliche sowie der Prävention durch Aufklärung und Bewusstseinsbildung sieht der KDFB weiteren Handlungsbedarf:

- Der Verband fordert die Verantwortlichen auf, sich dafür einzusetzen, dass die Herstellung, die Verbreitung und der Besitz kinder- und jugendpornografischen Materials weltweit geächtet wird und dass weltweit verbindliche rechtliche Standards vereinbart werden, um Kinder- und Jugendpornografie eindämmen zu können.
- Alle Behörden, die mit der Ermittlung gegen Kinder- und Jugendpornografie befasst sind, müssen rechtlich, finanziell, personell und technisch so ausgestattet werden, dass sie die Pädokriminalität national und international effektiver bekämpfen können. Dazu bedarf es auch speziell geschulter Internetexperten in allen Bundesländern sowie der entsprechenden Voraussetzungen für länderübergreifende Zusammenarbeit.
- Organisationen und Beratungsstellen, die präventiv im Kinder- und Jugendschutz tätig sind und sich um Kinder und Jugendliche kümmern, die durch sexuellen Missbrauch traumatisiert sind, müssen finanziell und personell so ausgestattet sein, dass sie die wachsenden Aufgaben bewältigen können. Von sexuellem Missbrauch betroffene Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig identifiziert und therapiert werden. Dazu bedarf es speziell geschulter Experten und Expertinnen.

- Der KDFB fordert StaatsanwältInnen und RichterInnen auf, die rechtlichen Möglichkeiten konsequent anzuwenden. KriminalbeamtlInnen, StaatsanwältInnen und RichterInnen sollten durch spezielle Schulungen für die Problematik der Kinder- und Jugendpornografie im Internet sensibilisiert werden.
- Einen wichtigen Ansatz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sieht der KDFB in der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen, Eltern und ErzieherInnen. Durch entsprechende Projekte (z.B. in der Schule, in Familienbildungsstätten oder Familienzentren) und Anpassung verbindlicher Lehrpläne sollen Kinder, Jugendliche und Erwachsene geschult werden, wie das Internet funktioniert und welche Gefahren z.B. in Kinderchats oder durch das Einstellen von Kinderfotos im Internet entstehen können. Kinder und Jugendliche müssen stark gemacht werden Das ist der sicherste Schutz vor sexuellem Missbrauch.

Medienpolitische Kommission des KDFB, 2.5.2011